

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217
Antrags-Nr. 21/2020
SPD 0241 / 432 -7215
Antrags-Nr. 22/2020
Zukunft 0241 / 432 -7266
Linke 0241 / 432 -7244

Aachen, den 09. Dezember 2020

RATSANTRAG

E-Mobilität: Ladeinfrastruktur verbessern

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNE, SPD, ZUKUNFT und LINKE beantragen im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss fassen zu lassen:

1. Die Verwaltung soll gemeinsam mit der STAWAG und unter Einbezug des Projekts ALigN ein Konzept entwickeln, wie zeitnah das Netz öffentlich zugänglicher Ladestationen für die E-Mobilität deutlich erhöht werden kann. In das Konzept sollen Parkflächen an den Supermärkten, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen, sowie in APAG-Parkhäusern einbezogen werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sachstandsbericht zum Stand des Projekts ALigN im nächsten Mobilitätsausschuss vorzustellen.
3. Von der STAWAG wird, erwartet ein Preiskonzept zu entwickeln, bei dem der kWh-Preis an den Ladesäulen nicht über dem Preis bei der Stromabgabe an Privathaushalte liegt (zumindest für STAWAG Kund*innen).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Städteregion Aachen, der STAWAG, ENWOR und der EWV für die öffentlich betriebene Ladeinfrastruktur im gesamten Gebiet der Städteregion ein einheitliches Abrechnungssystem für die Ladeinfrastruktur zu schaffen.
5. Das Ordnungsamt wird beauftragt, zur Verringerung der missbräuchlichen Verwendung von Ladeplätzen als Parkflächen für Verbrenner-PKW Schwerpunktkontrollen vorzunehmen.

Begründung:

Es ist politischer Wille, die E-Mobilität deutlich zu stärken. E-Mobilität bietet vielfältige Vorteile: geringere Geräuschemissionen, Feinstaubemissionen und, wie aktuelle Studien immer stärker bestätigen, einen deutlich geringeren CO₂-Ausstoß. Sie stellt dabei einen wichtigen Faktor zur Bekämpfung

des Klimanotstands dar. Ein wichtiges Hemmnis zum Umstieg auf E-Mobilität ist die bislang schlecht ausgebaut Lade-Infrastruktur. Gerade in den Innenstädten bzw. in Gegenden mit überwiegend Mehrfamilienhäusern ist eine regelmäßige und verlässliche Lademöglichkeit nicht gegeben.

Der Ladepreis der STAWAG für eine kWh Strom liegt aktuell mehr als 25% über dem Preis des Haushaltstroms. Dies privilegiert Nutzer*innen in EFH, da diese in der Regel „an der eigenen Steckdose“ laden können. Die Förderung der E-Mobilität ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, so dass die Kosten für die Ladeinfrastruktur nicht nur von den E-Mobilitäts-Kund*innen getragen werden dürfen.

Stadt und Städteregion verstehen sich als ein gemeinsame Wirtschafts- und Sozialregion. Es ist deshalb unverständlich und den Bürger*innen nicht vermittelbar, dass in dieser Region zwei unterschiedliche Abrechnungssysteme (ladenetz und echarge) etabliert wurden. Hier wäre eine rechtzeitige Abstimmung der kommunalen Energieanbieter sinnvoll gewesen. In der frühen Phase der Produktentwicklung macht es hier aber Sinn, nachzusteuern und eine gemeinsame Struktur zu schaffen bzw. sich auf ein System zu verständigen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Wenzel

Vorsitzende Grüne-Fraktion

Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion

Christoph Allemand

Vorsitzender Zukunfts-Fraktion

Leo Deumens

Vorsitzender Linke-Fraktion